



DRUCK MACHEN FÜR GERECHTE POLITIK GEGEN SOZIALE KÄLTE

KUNDGEBUNG AM 6. NOVEMBER 2010

5 vor 12 auf dem Opernplatz in Hannover

10 Uhr Auftakt auf dem Klagesmarkt

10.30 Uhr Demo durch die Innenstadt

Es gibt viele Gründe, um in Hannover zu demonstrieren:



Rente mit 67:

Die Rente mit 67 muss weg. Im Gesetz ist eine Überprüfung der Rente mit 67 für Herbst 2010 vorgesehen. Nach den ersten Anzeichen will die Bundesregierung an der Rente mit 67 aber festhalten. Dagegen protestieren wir.



Leiharbeit:

Leiharbeit nimmt ständig zu. Leiharbeitsbeschäftigte verdienen 30 Prozent weniger als die Stammbeschäftigten. Es besteht die Gefahr, dass durch Leiharbeit Stammarbeitsplätze gefährdet sind. Wir fordern eine Begrenzung und faire Gestaltung der Leiharbeit. Gleiches Geld für gleiche Arbeit!



Gesundheit:

Bei der von der FDP durchgesetzten sogenannten „Gesundheitsreform“ wird eine versteckte „Kopfpauschale“ eingeführt, die nur noch Arbeitnehmer belastet. Ergebnis: Höhere Zuzahlungen und Zusatzbeiträge. Der Beitrag der Arbeitgeber wird eingefroren. Das ist ungerecht!

DEMNÄCHST MEHR ZU DEN THEMEN: AUSBILDUNG, ANTI-ATOM UND HARTZ-IV



Kommt alle zur Großdemo nach Hannover!

Gerechtigkeit braucht Schwung

Die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung sind ungerecht und verschärfen die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Sie belasten mit einer Einsparung von 80 Milliarden Euro gerade die Bürger, die nicht Verursacher der Krise sind. Die Regierungspolitik verläuft nach dem Motto:



Weiter so! Ein Kurswechsel ist nicht in Sicht. Stattdessen wird die Rente mit 67 durchgepeitscht, die Leiharbeit unterspült Stück für Stück die tariflichen Arbeitsbeziehungen, im Gesundheitswesen soll die Zwei-Klassen-Medizin weiter ausgebaut werden. Die IG Metall fordert, dass auch die Verursacher der Krise Lasten aufgebürdet wird. Wir wollen, dass das Thema Gerechtigkeit wieder oberstes Ziel wird. Deshalb gibt es in diesem Herbst überall gemeinsame Aktionen mit dem DGB, in den Städten, vor den Werkstoren, auf Großdemos wie in Hannover. Je mehr wir sind, desto stärker ist das Signal an die Bundesregierung.

Hartmut Meine,
Bezirksleiter der IG Metall
Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt



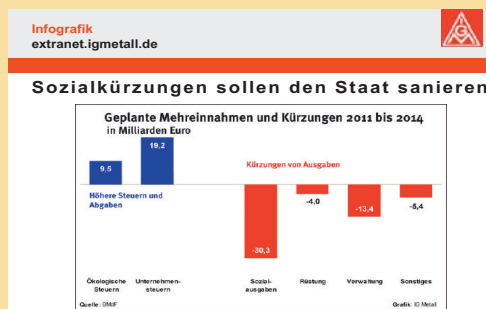
Protest am 8. September in Braunschweig

Das Kürzungspaket trifft die Schwächeren – die Finanzspekulanten machen weiter

Mit einem Kürzungspaket will die Bundesregierung ihren Haushalt in Ordnung bringen. Zahlen müssen vor allem die Schwächsten der Gesellschaft: Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger. Auch bei Familien soll gespart werden. Besserverdienende und Vermögende werden dagegen geschont. Damit können die Verursacher der Krise – Bankmanager und Finanzspekulanten – munter weitermachen. Dabei wurden die Banken mit 30 Milliarden

den Steuergeldern gestützt, hinzu kamen 152 Milliarden an öffentli-

chen Garantien. Die bisher geplante Beteiligung des Bankensektors (Bankenabgabe) soll ab 2012 zwei Milliarden Euro betragen, sie macht gerade mal sieben Prozent des Kürzungspakets aus. Deshalb sagt die IG Metall: Nein Danke! Das Kürzungspaket wird abgelehnt. Es ist unausgewogen, unfair und ungerecht. Wir brauchen stattdessen einen Kurswechsel. Für eine gerechtere Politik. Deshalb mischen wir uns ein.



Durch das Kürzungspaket der Bundesregierung werden vor allem die Menschen belastet, die ohnehin nicht so viel haben. So sollen die Sozialausgaben um über 30 Milliarden gekürzt werden – das ist weit mehr als ein Drittel des gesamten Programms.